

Stadt Roßlau

Markt 5, 06862 Roßlau
Tel.: 034901/630, Fax: 034901/63400



Niederschrift

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Stadtrates am 23.03.2005

Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 19:23 Uhr
Sitzungsort: Rathaus Roßlau, Ratssaal

Anwesend:

Vorsitzende:

Frau Christa Müller

Bürgermeister:

Herr Klemens Koschig

Ratsmitglieder:

Herr Rainer Augustin
Herr Burkhard Bader
Herr Kurt Brumme
Herr Hans-Peter Dreibrodt
Herr Lutz Föse
Herr Rainer Gerdung
Frau Sylvia Gernoth
Herr Klaus-Peter Henkel
Herr Dirk Hofmeister
Herr Axel Kaczmarek
Herr Helmut Kläre
Herr Günter Koroll
Herr Andre Kulas
Frau Dörte-Sabine Liensdorf
Herr Hans-Joachim Mau
Frau Christiane Mitsching
Herr Hubert Pfennigsdorf
Frau Hannelore Sauermilch
Herr Andreas Schwierz
Herr Gerhard Seibt
Frau Siglinde Sumpf

Herr Wolfgang Tremer
Herr Peter Vester
Herr Jörn von der Heydt
Herr Lutz Weiland
Herr Dieter Wilke

Verwaltung:

Frau Ingrid Böning
Frau Angela Hahm
Frau Sabine Knaut
Frau Sabrina Nußbeck
Herr Wolfgang Schmieder

es fehlten:

Ratsmitglieder:

Herr Klaus Tonndorf

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der form- und fristgemäßen Ladung
3. Feststellung der Beschlussfähigkeit
4. Genehmigung der Tagesordnung und der vorliegenden Anträge
5. Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschriften der Sitzung vom 20.01.2005 und 10.02.2005
6. Behandlung folgender Tagesordnungspunkte:
 - 6.1. Bericht der Stadtverwaltung
 - 6.2. Einwohnerfragestunde
 - 6.3. Anfragen der Stadträte an den Bürgermeister
 - 6.4. Bekanntgabe und Bewertung des Ergebnisses des Bürgerentscheides am 20.03.2005
 - 6.5. Änderung der Hauptsatzung - Bestellung eines Obdachlosenbeauftragten
Vorlage: BV/0379/05-D I

- 6.6. Bestellung von Frau Hannelore Griebisch zur ehrenamtlichen Obdachlosenbeauftragten der Stadt Roßlau
Vorlage: PersV/0381/05-D I
- 6.7. Wirtschaftsplan 2005 Eigenbetrieb "Stadtpflege" - 1. Änderung
Vorlage: BV/0373/05-I/80
- 6.8. Abwägungsbeschluss 2. Änderung B-Plan Nr. 24 "Wohnbebauung Grüner Weg / Fliederweg"
Vorlage: BV/0368/05-III/61
- 6.9. Satzungsbeschluss 2. Änderung B-Plan Nr. 24 "Wohnbebauung Grüner Weg / Fliederweg"
Vorlage: BV/0369/05-III/61
- 6.10. Abwägungsbeschluss zur 2. Änderung B-Plan Nr. 002 "Am Deßmatenweg" im Ortsteil Streetz
Vorlage: BV/0370/05-III/61
- 6.11. Satzungsbeschluss zur 2. Änderung B-Plan Nr. 002 "Am Deßmatenweg" im Ortsteil Streetz
Vorlage: BV/0371/05-III/61
- 6.12. Resolution für eine umfassende Gemeindefinanzreform
Vorlage: BV/0377/05-BM
- 6.13. Mitgliedschaft der Stadt Roßlau im Naturpark Fläming e.V.
Vorlage: BV/0380/05-II/90
- 6.14. Dringlichkeitsbeschluss gemäß § 62 Abs. 4 Gemeindeordnung Land Sachsen-Anhalt

Niederschrift

1. Eröffnung der Sitzung

Die 6. Sitzung der IV. Wahlperiode des Stadtrates Roßlau wird durch die Vorsitzende des Stadtrates, Frau Müller, eröffnet.

2. Feststellung der form- und fristgemäßen Ladung

Die Einladung erfolgte form- und fristgerecht.

3. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Zu Beginn der Sitzung sind 27 Stadträte plus Bürgermeister anwesend. Somit ist der Stadtrat mit 28 Stimmberechtigten beschlussfähig.

4. Genehmigung der Tagesordnung und der vorliegenden Anträge

Es liegen keine zusätzlichen Anträge vor.

Beschluss: Die vorliegende Tagesordnung wird bestätigt.

Abstimmungsergebnis:

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
28	0	28	0	0

5. Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschriften der Sitzung vom 20.01.2005 und 10.02.2005

Beschluss: Der öffentliche Teil der Niederschrift der Sondersitzung vom 20.01.2005 wird bestätigt.

Abstimmungsergebnis:

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
28	0	25	0	3

Beschluss: Der öffentliche Teil der Niederschrift der Sitzung vom 10.02.2005 wird bestätigt.

Abstimmungsergebnis:

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
28	0	26	0	2

6. Behandlung folgender Tagesordnungspunkte:

6.1. Bericht der Stadtverwaltung

Dazu spricht der Bürgermeister der Stadt Roßlau, Klemens Koschig. Der wörtliche Bericht liegt dem Original der Niederschrift im Büro des Stadtrates bei und kann täglich während der Dienstzeit eingesehen werden. Weiterhin wird der Bericht im Elbe-Fläming-Kurier veröffentlicht.

6.2. Einwohnerfragestunde

Frau Köhler, Roßlau, Fabrikstraße 4

Frau Köhler hat 2 Fragen an die Stadtverwaltung.

1. Wann wird in der Ziegelstraße weiter gebaut?
2. Der Verkehr von schweren LKW an der Kreuzung B 184 und B 187 hat deutlich zugenommen. Werden in absehbarer Zeit hier Luftreinheitsmessungen durchgeführt?

Herr Schmieder, Baudezernent

Zur 1. Frage

In diesem Jahr kommt die Bandhauerstraße zur Ausschreibung. Diese Straße ist abwassertechnisch eine wesentliche Voraussetzung, damit die weiteren Abschnitte der Ziegelstraße gebaut werden können. Deshalb ist es im Investitionsplan vorgesehen, dass im Jahre 2006/2007 die weiteren Abschnitte der Ziegelstraße ausgebaut werden.

Zur 2. Frage

Eine konkrete Luftschadstoffmessung ist nicht bekannt. Die Leiterin des neu gegründeten Landesbetriebes Bau-NL-West und ihr Vertreter, der ehemalige Leiter des Straßenbauamtes Wittenberg, informierten darüber, dass sehr wohl schon erkannt worden ist, dass der Verkehr auf der B 184 nach der Einführung der Maut zugenommen hat. Diese Straße wird künftig strenger kontrolliert. Es ist damit zu rechnen, dass diese Straße mautpflichtig wird, was dann hoffentlich dazu führt, dass sich der Verkehr wieder einspielt.

Wenn Frau Köhler auf die Luftreinigungspläne nach EU-Richtlinie anspielt, dann ist das im Rahmen des Modellvorhabens „Ökologische Stadt“ auch ausführlich im letzten Jahr behandelt worden, trifft aber auf die Stadt Roßlau nicht zu.

6.3. Anfragen der Stadträte an den Bürgermeister

Es liegen keine Anfragen vor. Somit wird der Tagesordnungspunkt geschlossen.

6.4. Bekanntgabe und Bewertung des Ergebnisses des Bürgerentscheides am 20.03.2005

Frau Nußbeck, Dezernentin Haupt- und Finanzverwaltung

Frau Nußbeck gibt als Stadtwahlleiterin das am Dienstag vom Wahlausschuss festgestellte Wahlergebnis des Bürgerentscheides am 20. März 2005 bekannt.

	12.255	Stimmberechtigte
davon haben	8.151	ihre Stimme abgegeben

davon waren	8.132	gültige Stimmen
und	19	ungültige Stimmen.

Von den gültigen Stimmen wurden 4.202 Stimmen für Ja
und 3.930 Stimmen für Nein
abgegeben.

Damit haben 51,67 % der gültigen Stimmen für Ja gestimmt und 48,33 % für Nein.
Die Wahlbeteiligung betrug 66,51 %.

Für einen erfolgreichen Bürgerentscheid müssen die Mehrheit für die Fragestellung
gestimmt haben und diese Mehrheit muss 25 % der Wahlberechtigten betragen. 25
% der Wahlberechtigten wären 3.064 Stimmen gewesen.

Damit hat die Mehrheit und 25 % der Stimmberechtigten für den Antrag gem. § 26 (4)
der Gemeindeordnung gestimmt. Damit ist der Bürgerentscheid erfolgreich und ent-
spricht dem Beschluss eines Stadtrates.

Das Wahlergebnis wird jetzt veröffentlicht und nach Ende der Einspruchsfrist ist es
dann rechtskräftig.

Herr Brumme, Fraktion CDU

Der 20. März 2005 ist für Roßlau, für die Geschichte der Stadt sowie auch für die
Geschichte der Stadt Dessau ein wahrhaft historischer Tag. Er ist die Geburtsstunde
unserer gemeinsamen Stadt Dessau-Roßlau. Die historische Tragweite dieses Er-
eignisses ist für unsere gemeinsame Stadt und für die Region insgesamt von heraus-
ragender Bedeutung und kann für die weitere Entwicklung nicht hoch genug einge-
schätzt werden. Haben wir doch die Kreisfreiheit von Dessau und damit die finanziel-
le Sicherung des Oberzentrums Dessau für die Region für alle Zeiten nachhaltig si-
chern können. Wenn ich sage nachhaltig, dann ist auch von der Landesregierung
deutlich gemacht worden, dass auch wenn die Einwohnerzahlen auf 75.000 absin-
ken, dieses dann weiterhin Bestand haben wird. Das ist von der Landesregierung
definitiv bestätigt worden. Somit sind nun alle Möglichkeiten gegeben, unsere ge-
meinsame Stadt als starke Metropole auszubauen. Wir wissen, der Ausbau einer
Metropole ist für die Entwicklung einer Region von eminent wichtiger Bedeutung.

Herr Brumme möchte namens der CDU-Fraktion allen Bürgern der Städte Roßlau
und Dessau, die sich für die Fusion eingesetzt haben, für ihr Engagement und positi-
ves Votum danken. Besonderen Dank dem Bündnis „Sag ja zur Elbestadt Dessau-
Roßlau“, die enormes geleistet haben.

Die sehr hohe Wahlbeteiligung, die unsere Erwartungen weit übertroffen haben, ist
ein klares politisches Votum. Sie zeigt, wie sehr die Roßlauer Bürger großes Interes-
se an der Zukunft unserer Region haben. Sie haben damit bewiesen, dass auch die
Demokratie bei uns angekommen ist und dass die Bürger ihr Schicksal selbst in die
Hand genommen haben.

Der Wahlkampf war hart, sehr hart und leider auch an sehr vielen Stellen nicht fair.
Dies macht uns große Sorge um die Streitkultur in unserer Stadt. Herr Brumme bittet
alle, die sich aktiv am Wahlkampf beteiligt haben, in sich zu gehen und für die Zu-
kunft Sorge zu tragen, wenn Themen kontrovers sind, dann fair auszutragen.

Die Fusionsgegner schreckten nicht davor zurück, das muss man einmal sagen, mit
manipulierten Zahlen zu arbeiten und Zitate, die aus dem Zusammenhang herausge-
rissen wurden, sinnentstellt wiederzugeben.

Herr Brumme bringt dafür Beispiele. So wurde u.a. behauptet, die Hundesteuer steigt
um soundsoviel Prozent, obwohl die Fusionsgegner genau wissen, dass die Hun-

desteuer für die nächste Zeit Bestand hat. Das ist auch im Fusionsvertrag so festgeschrieben.

Es wurden bewusst Ängste geschürt und das ist in höchstem Maße unmoralisch.

Weiteres Beispiel – gegen eine Erhöhung der Grundstückspreise. Jeder Bürger weiß, dass Grundstückspreise Verhandlungssache sind.

Letztes Beispiel – die Grundsteuer soll bei einer Fusion steigen. Fakt ist, mit den veränderten Messzahlen wird die nominelle Grundsteuerbelastung für Roßlau niedriger ausfallen.

Dies alles wissen und wussten die Fusionsgegner und haben trotzdem mit diesen Halbwahrheiten und Lügen Wahlkampf gemacht. Wir fordern die Fusionsgegner auf, die von ihnen propagierten prozentualen Erhöhungen von Gebühren mit exakten Zahlen in Euro und Cent zu belegen und die Bürger darüber aufzuklären, wie die Zahlen zustande gekommen sind.

Dabei müssen Sie auch die positiven Effekte, die durch die Fusion entstehen, z. B. Wasser, Abwasser und Müllgebühren, die in Dessau deutlich niedriger sind, aufzeigen. In der Summe sind die Lebenshaltungskosten, das ist nachgewiesen, in Dessau wesentlich niedriger als in Roßlau.

Als besonders schlimm sieht Herr Brumme die auf das gröblichste verletzte Neutralitätspflicht der Kreisverwaltung in diesem Wahlkampf. So wurden Plakatierungen der Fusionsgegner in ihren Räumen zugelassen, obwohl dies verboten ist.

Herr Brumme dankt nochmals allen Wählern für das positive Votum. Und die Bürger, die nicht für die Fusion gestimmt haben, wollen wir durch unsere gemeinsame Arbeit für das Gelingen der Fusion davon überzeugen, dass es letztendlich doch die richtige Entscheidung war und sie diese mittragen können.

Alle politischen Kräfte sind jetzt aufgefordert, das Votum anzunehmen und mit aller Kraft umzusetzen.

Es gilt, den Fusionsvertrag noch einer Reinschrift zu unterziehen, die Hinweise der Bürger müssen noch entsprechend eingearbeitet werden, so dass der Fusionsvertrag im Laufe des ersten Halbjahres vorgelegt werden kann.

Sagen wir nun alle Ja zu unserer Stadt Dessau-Roßlau, so ist es entschieden.

Packen wir es an.

Herr Pfennigsdorf, Fraktion SPD

Herr Pfennigsdorf hat mit Erstaunen die Ausführungen des Landtagsabgeordneten Brumme vernommen. Wir alle wissen, dass der Kern, der Schwerpunkt der ganzen Schwere der Fusion, der Erhalt der Kreisfreiheit der Stadt Dessau gewesen ist. Und wenn Herr Brumme sich hinstellt und wen auch immer der Lüge bezichtigt und dass Dinge genannt worden sind, die nicht immer wahrheitsgetreu waren, dann bin ich sehr erstaunt. Denn Fakt ist eins, wenn Herr Brumme eben behauptet hat, die Kreisfreiheit für Dessau ist für alle Ewigkeit gesichert, dann muss ich fragen, gibt es schon ein Gesetz dazu? Weiß Herr Brumme, welche Landesregierung in den nächsten Jahren das Land Sachsen-Anhalt regiert? Solche Behauptungen aufzustellen, das überdeckt um das vielfache die vielleicht nicht immer korrekten Aussagen der Fusionsgegner.

Herr Koschig hat vorhin gesagt, die 48 % der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt, die sich gegen eine Fusion ausgesprochen haben, bei denen müssen wir noch die Ängste und Befürchtungen beseitigen. Ich bin der Meinung, dieser große Teil unserer Bürgerschaft hat ja schließlich auch einen Kopf zum Denken. Und er wird ja die Entscheidung nicht nur darauf projiziert haben auf Zusagen, die jetzt noch nicht gesetzlich belegt sind, die Absichtserklärungen auch einiger Regierungsmitglieder bisher

gewesen sind, sondern anhand von Fakten und auch von Gesetzen durchdacht und belegt haben. Man kann eine so große Anzahl von Bürgerinnen und Bürgern nicht unterstellen, die haben ein bisschen Angst gehabt und haben deshalb einen Fehler gemacht mit ihrer Abstimmung. Man sollte diesen großen Anteil einer Stadt nicht einfach ins Abseits stellen und sagen, die können wir eines Tages doch noch überzeugen.

Für mich ist es eine ganz tolle Sache, dass 66 % aller Roßlauer Bürger zu diesem Entscheid gegangen sind. Aber ich sehe eine riesige Gefahr. Es sind ja zweimal über 25 % anteilig von den Bürgern, die wählen durften, in dieses Limit hinein gekommen. Es sind ja nicht nur die Befürworter, sondern auch die Gegner. Darin sehe ich riesige Gefahr für unsere Stadt für die nächste Zeit, dass sich hier Gräben auftun. Denn 3,3 % von allen Bürgern, die zur Wahl gegangen sind, haben das Zünglein an der Waage gespielt und den Ausschlag gegeben für diese historische Entscheidung. Ein Grund dafür ist, da möchte ich Herrn Koschig direkt ansprechen, dass er es versäumt hat, in einer sachlichen, zeitlich gestreckten Phase allen Bürgerinnen und Bürgern die Vor- und Nachteile einer solchen Fusion tiefgründig und wirklich mit Respekt für die Meinung anderer zu erklären. Ich hatte oft den Eindruck, Herr Koschig ist schon längst Teil der Verwaltung der Stadt Dessau. Hier ist ein unfairer und für mich nicht nachvollziehbarer Wahlkampf durchgeführt worden, der sich in unserem Stadtrat nicht nachvollzogen hat. Bei uns im Stadtrat gab es nicht eine einzige Sitzung, wo ausschließlich tiefgründig Anhörungen über die Fusion und den Fusionsvertrag durchgeführt worden sind. Sondern es waren mehr oder weniger Schlachten, die hier geschlagen wurden. Es gab nie eine vernünftige punktuelle Wertung dieser Probleme. Darin sehe ich die Ursache, dass dieser Anteil von Meinungsgegnern und Befürwortern so dicht beieinander liegt. Sonst hätten wir vielleicht auch eine klare Linie erreicht

Herr Koschig, Bürgermeister

Herr Koschig informiert den Abg. Pfennigsdorf über einen Beschluss des Hauptausschusses vom 26. Januar 2005, dass sich der Bürgermeister im Amtsblatt allen Kommentierungen zum Fusionsvertrag zu enthalten hat. Herr Koschig hatte genau das vor, was Herr Pfennigsdorf angeregt hat. Der erste Teil der Folge war schon erschienen, was der Unterschied einer Eingemeindung und einer Fusion, also Neubildung einer Gemeinde, ist.

Der zweite Teil, was kommt auf den Bürger persönlich zu, ist dann schon von der Redaktionskommission abgelehnt worden. Durch den Beschluss des Hauptausschusses wurden auch die Fortsetzungsfolgen zurückgehalten.

Herr Koschig stimmt Herrn Pfennigsdorf zu, dass das sehr wichtig gewesen wäre.

Herr Dreibrod, Fraktion SPD

Die Bekanntgabe des Ergebnisses des Bürgerentscheides vom 20.03.2005 ist in ausreichender Form getan worden. Hinter der Wertung dieses Ergebnisses möchte sich die Fraktion der SPD des Roßlauer Stadtrates so kurz nach der für Roßlau wahrlich historisch und einmaligen Angelegenheit noch etwas zurückhalten. Nehmen wir das Ergebnis unter sportlichem Aspekt unter die Lupe könnte man sagen, dass es 51 % Gewinner und 49 % Verlierer in der Roßlauer Bürgerschaft gegeben hat. Das Ergebnis des Bürgerentscheides ist jedoch so bedeutend und in der Wirkung weitreichend, dass heute wirklich niemand sicher sagen kann, ob es in Wirklichkeit langfristig gesehen unter dem Strich 100 % Gewinner oder 100 % Verlierer an diesem Tag in Roßlau gegeben hat. Den Stadträten von Roßlau, die sich für die Fusion

eingesetzt haben, sagen wir, der Fusionsvertragsentwurf enthält noch mehr Fragen als Antworten, ist in zahlreichen wesentlichen Punkten nach jetzigem Kommunalrecht ungesetzlich und müsste bis zum 31.12.2005 unter großem Zeitdruck passend gemacht werden. Das wird nicht leicht. Weithaus schwerer wird es, die Fusionsversprechungen dann auch einzulösen. Genannt seien nur die wichtigsten: Wirtschaftsbelebung, Schaffung von Arbeitsplätzen, Schuldenabbau und Senkung der Lebenshaltungskosten für den Bürger in Dessau und Roßlau. Am allerschwersten wird es jedoch sein, alle die Roßlauer Bürger, die unsere Stadt Roßlau als eigene Stadt erhalten wollten mit den Fusionisten zu versöhnen, um den Graben zuzuschütten, der sich im Rahmen der Fusionsplanung in Roßlau aufgetan hat.

Die Fraktion der SPD im Roßlauer Stadtrat nimmt den knappen Wahlsieg der Fusionsplaner zur Kenntnis und wird sich an der Umsetzung der durch den Bürger vorgegebenen politischen Arbeitsrichtung im Rahmen des Wählerauftrages selbstverständlich beteiligen.

All den Stadträten, die für Roßlaus Souveränität gekämpft haben und den Roßlauer Bürgern, die sich für den Erhalt der Eigenständigkeit der Stadt Roßlau am Sonntag ausgesprochen haben, möchte ich Namen der gesamten SPD-Fraktion unseren Dank aussprechen.

Herr Gerdung, Fraktion FDP/Offensive D/BL

Das Ergebnis steht fest. Man kann es drehen und wenden wie man will, auch eine schwache Mehrheit ist eine Mehrheit und wir als Demokraten, wie wir hier alle sitzen, haben uns damit abzufinden. Nun sind natürlich wir, die wir für die Eigenständigkeit waren, sehr traurig, dass wir uns mit unseren politischen Vorstellungen in der Bürgerschaft nicht durchsetzen konnten und inhaltlich daran gezweifelt wurde, dass unser Weg nicht der zukunftsweisendere ist. Aber die Bewertung aus unserer Sicht zeigt eines, die Bürger haben sich doch sehr stark mit dem Thema identifiziert, das war sehr gut. Wir haben erreicht, dass eine hohe Wahlbeteiligung zustande kam, das war noch besser und wir haben es den Bürgern per Beschluss in die Hand gelegt über das Schicksal ihres Gemeinwesens zu entscheiden. Und genau das wurde auch getan. So dass sich im Prinzip niemand darüber aufregen kann, dass irgend jemand über irgend wen etwas Unrechtes gesagt hat. Dass im Wahlkampf harte Bandagen angelegt werden, das machen wir beim nächsten Mal wieder, aber irgendwann ist der Wahlkampf vorbei. Über das Ergebnis muss sich niemand mehr beklagen, es war urdemokratisch. Auch wenn es für die einen schwer fällt und für die anderen Jubelstürme auslöst. Damit müssen wir uns abfinden. Natürlich wird das nicht so schnell gehen. Und es geht auch nicht dadurch, dass man noch mal eine Nachbereitung macht, wer denn nun wem die Taschen voll gelogen hat. Es geht dadurch, dass man nun versucht für alle das Beste aus der Situation zu machen. Alle heißt natürlich auch die 48 % die todunglücklich sind, dass es so gekommen ist. Das ist ein Heilungsprozess. Und an diesem Heilungsprozess werden wir nur noch bedingten Anteil haben. Denn es steht jetzt schon fest, es wird keinen Stadtrat der gemeinsamen Stadt Dessau-Roßlau mit 78 Stadträten geben. Sondern der Stadtrat der gemeinsamen Stadt wird 50 Stadträte haben. Das heißt Kommunalwahlen. Und da werden die wenigsten von den hier sitzenden Stadträten in den neuen Stadtrat zu finden sein. Und die, die dann im neuen Stadtrat sitzen, als Minderheit, werden wirklich eine hohe Verantwortung tragen, diesen Heilungsprozess innerhalb der Roßlauer Bevölkerung so zu befördern, dass es auch irgendwann eine positive Ausstrahlung auf die Zukunft hat. Denn wenn man ständig nach hinten schaut und destruktiv denkt kann man nichts Konstruktives erreichen. Das ist auch nicht das, was wir wollen. A-

ber wenn ein Appell an die Stadträte kommt, hier nun für Heilung zu sorgen und die Gräben zuzuschütten, dann muss man wirklich sagen, diese Stadträte, wie sie hier sitzen, werden nur noch wenig Gelegenheit dazu haben, denn unser Mandat läuft aus und zwar in nicht all zu weiter Ferne.

Darum würde es mich schon einmal interessieren, wann wir uns als Gremium darüber Gedanken machen mit den Dessauer Stadtratskollegen, diese Kommunalwahl anzugehen. Wenn wir eine neue Kommune bilden, dann sollten wir auch politisch so weit in der Lage sein, die Geschicke in die Hand zu nehmen. Das ist die zwingende Voraussetzung dafür Integrationsarbeit zu leisten.

Abschließend möchte ich mich bei allen Eltern, Bürgern, Mitstreitern bedanken, die unter dem Strich doch ein hohes Maß politischer Reife gezeigt haben bei diesem urdemokratischen Verfahren zu einem Ergebnis zu kommen.

Herr von der Heydt, Fraktion CDU

Ich möchte das Wahlergebnis nicht noch einmal bekannt geben und auch nicht noch einmal irgendwelche Vorwürfe an diese oder jene Seite richten. Dieses Pamphlet sollte doch wohl hier jedem Anwesenden (Herr von der Heydt zeigt seine Verpflichtungsurkunde) bekannt sein. Diese Verpflichtungserklärung sollten Sie richtig lesen. Hier wird von Wahlkampf gesprochen und Wahlkampf ist hart, das ist richtig, wenn es um politischen Wahlkampf geht, wenn es um Parteiengerangel geht, wenn es letztendlich um Personen geht, dann ist das vollkommen richtig. Doch in diesem Wahlkampf geht es doch eigentlich um das Wohl dieser beiden Städte und deren Bürger. Nicht um irgendwelche Parteienrängeleien. Und aus diesem Grund habe ich als Stadtrat im Vorfeld eine Verpflichtungserklärung abgegeben und habe mich dann nach bestem Wissen und Gewissen mit den Zahlen und mit den Fakten zu dieser Fusion auseinander zu setzen. Und wenn ich dann hier höre, Unsachlichkeit, auch unter der Gürtellinie, das hat sicherlich stattgefunden, es ist sicherlich nicht richtig. Ich nehme mich an einer Stelle auch nicht aus bezogen auf Herrn Dreibrodt, aber das war nur eine Antwort, eine Reaktion. Weil es mich maßlos geärgert hat, dass man allen Versuchen, sachlich die Sachen zu klären und das ganz speziell bezogen auf Zahlen, die Leute gefangen hat, mit diesen Zahlen die Leute verunsichert hat. Hier hätte im Vorfeld mehr Sorgfalt an den Tag gelegt werden müssen. Sie wissen doch selbst, die Zahlen, die in die Öffentlichkeit getragen wurden, stimmen vorn und hinten nicht. Hinter jeder Zahl ist eine Interpretation möglich. Die Verpflichtung als Stadtrat, sachlich und mit richtigen Zahlen zu argumentieren haben alle abgegeben. Die ist aber nur von einer Seite nicht eingehalten worden.

Ich hoffe, dass der Fusionsvertrag, an dem Sie im Vorfeld nicht mitgearbeitet haben, die Damen und Herren auf der linken Seite, dass Sie wenigstens jetzt ihre gesamte Kraft einsetzen und nicht rumlamentieren und in Frage stellen, dass wir nicht mit 28 Stadträten nach Dessau ziehen, sondern jetzt schon in Frage stellen, dass das nicht rechtens ist und jetzt schon darauf pochen, dass Neuwahlen stattfinden müssen. Das ist nicht in unserem Interesse.

Herr Vester, Fraktion PDS

Wir können uns doch alle an die letzte Landtagswahl erinnern. Da stand eine tolle Losung: Höppner geht – die Arbeit kommt. Arbeit ist nicht gekommen, Herr Höppner ist gegangen. Das Arbeitsamt ist nicht mehr in Roßlau, Arbeit haben wir deswegen nicht mehr. Das alles nur einmal, um den Wahrheitsgehalt von Losungen darzustellen.

Im Namen der Fraktion der PDS bedanken wir uns natürlich auch bei den Wählerinnen und Wählern für ihr Votum. Eine sehr knappe Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger der Stadt hat sich für die Fusion mit Dessau entschieden. Unser gemeinsames Ziel sollte es nun sein, den im Vertragsentwurf vorhandenen Vertrag mit seinen Anlagen im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger von Roßlau zu optimieren und die Vorschläge, die im Wahlkampf eingegangen sind, mit einzuarbeiten. Alle im Wettbewerb um die Gunst der Wählerinnen und Wähler getätigten Aussagen von den Bürgermeisterinnen der beiden Städte Dessau und Roßlau müssen nun auch im Vertrag und in seinen komplexen Anlagen mit konkreten Laufzeiten versehen und Wirklichkeit werden.

Die Fachausschüsse und der Hauptausschuss haben einen Vertragsentwurf zum Fusionsvertrag geschaffen, auf dem nun das konkrete Vertragswerk entstehen muss. Die Aussagen im Hörfunk und Printmedien, dass der Vertrag zur Fusion im wesentlichen fertig ist oder fertig gestellt sei, werde ich als falsch. Um diesen Vertrag frei von politischen Mehrheiten, aber dafür mit viel Fachkompetenz in der Ausgestaltung zu realisieren, macht die Fraktion der PDS den Vorschlag:

1. nach § 45 der Gemeindeordnung einen zeitweiligen Fusionsvertragsausschuss zu bilden.

Der Ausschuss sollte wegen seiner Wichtigkeit und Dringlichkeit ein beschließender Ausschuss sein und seine Tätigkeit mit dem Beschluss des Stadtrates zum Fusionsvertrag beenden.

2. Weiter sollte er entsprechend seiner Aufgabe „Fusion“, welche wie hier schon des öfteren dargelegt ist nicht in der Gemeindeordnung geregelt ist, auch in seiner Zusammensetzung entgegen § 46 Gemeindeordnung etwas demokratischer sein. Wenn wir schon eine solche Geschichte machen, können wir auch etwas mehr Demokratie wagen und unser Vorschlag ist, jede Fraktion sollte in diesem Ausschuss gleichberechtigt zwei Sitze haben.

3. Der Ausschuss-Vorsitzende, Moderator oder Projektleiter sollte und könnte ein von politischen Parteien unabhängiger Bürger sein, auch ein Dezernent der Stadtverwaltung wäre denkbar.

4. Die Ausschuss-Mitglieder sollten aus Mitgliedern des Stadtrates, der Verwaltung, sachkundigen Einwohnern und mindestens einem juristischen Fachberater bestehen. Hier können die Fusionsbefürworter beweisen, dass sie tatsächlich das Wohl der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt im Mittelpunkt ihrer Interessen sehen.

Wir begründen den Vorschlag damit, dass

1. die Mehrheitsverhältnisse im Hauptausschuss eine rein fachliche Arbeit nicht zulassen, da bis jetzt nach unserer Auffassung parteipolitische Aspekte das Primat hatten.

2. Weiter kann dieser temporäre Ausschuss die Befürworter und Gegner dieser Fusion unter dem Dach des Fusionsvertrages einigen. Das ist ein sehr wesentlicher Aspekt zur verantwortungsbewussten Sacharbeit.

3. Es muss ein Vertragswerk entstehen, das den Ansprüchen der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt Roßlau für die neue Stadt Dessau-Roßlau gerecht wird.

4. Es gilt, objektiv zu sein. Es darf kein Vertrag der „Verwaltungen“ werden. Die Verwaltung mit dem Bürgermeister sind Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger dieser unserer Stadt. Sie dienen dem Bürger, und nicht etwa umgekehrt.

Es ist im Ergebnis der Arbeit des Fusionsvertragsabschlusses ein Verhandlungsteam zu beauftragen, welches mit der Dessauer vertragsschließenden Seite den Vertrag einvernehmlich aushandelt.

Abschließend stellt Herr Vester folgenden Antrag:

Die PDS-Fraktion stellt den Antrag, den vorhandenen Vertragsentwurf in kurzer Zeit und ziemlich schnell der Kommunalaufsicht zur ersten Prüfung und Stellungnahme vorzulegen.

Die Begründung dazu, man kann dann die ersten Prüfungsergebnisse in den Vertragsentwurf einarbeiten und weiter mit ganzer Kraft, viel Kompetenz und vielen klugen Vorschlägen diesen Vertrag zum Erfolg werden lassen.

Herr Hofmeister, Fraktion Neues Forum

Ich wollte eigentlich nichts sagen, habe mich auch nicht seitenweise vorbereitet. Ich hatte auch gar nicht damit gerechnet, dass so eine große Auswertung und Statements kommen werden. Man hat den Eindruck, die Vernünftigsten sind eigentlich die Roßlauer Bürger gewesen, die sind mit 66 % zur Wahl gegangen. Da waren 48 %, die haben sicherlich vernünftige Gründe gehabt sich für eine Eigenständigkeit auszusprechen, die sich nicht nur an den Plakaten orientiert haben, sondern sicherlich auch andere Gründe gehabt haben. Aber 52 % haben eben auch vernünftige Gründe gehabt, anders zu entscheiden. Wir sollten jetzt aufhören uns weiter lächerlich zu machen und nicht weiter zurückzuschauen, sondern nach vorn schauen und zu sagen, wir sind dem Roßlauer verpflichtet, jetzt etwas Vernünftiges daraus zu machen. Etwas anderes geht nicht und das sollte bitte so eingehalten werden.

Frau Sauermilch, Roßlauer Frauenliste

Es fällt mir heute sehr schwer, die rechten Worte zu finden. Die letzten Monate waren gekennzeichnet von einem Wahlkampf, der an Härte und Unfairnis in meinen schlimmsten Befürchtungen nicht vorstellbar waren. Als Ergebnis dieses Wahlkampfes geht ein Bruch durch den Stadtrat, die Stadt, teilweise sogar durch die Familien. Es wird wohl eine längere Zeit vergehen, bis wieder Normalität in das Leben der Stadt einzieht. Ich hatte mir eigentlich heute vorgenommen, weil mich diese Härte dieses Wahlkampfes so unheimlich bedrückt hat, einige kritische Bemerkungen zu machen. Aber die Worte von Herrn Hofmeister haben mich einfach dazu bewogen, dass ich seinen Worten folge. Ich denke, es ist nach diesem Bürgerentscheid notwendig und möglich, dass die weiteren Vorbereitungen der Fusion nun endlich in ein ruhiges Fahrwasser geraten. Es war eine Zumutung, dass die Landesregierung die weitere Entwicklung der Kreisreform vom Votum der Roßlauer abhängig gemacht hat. Die objektiven Interessengegensätze zwischen dem Altkreis Zerbst einerseits und Dessau einschließlich der übrigen Kreise der Region andererseits hat sich voll auf Roßlau verlagert. Es war eine Verantwortung, die die Roßlauer Bürger getragen haben, die einfach sehr, sehr schwer war. Um so höher ist der Ausgang des Bürgerentscheides zu bewerten und ich denke, auf dieser Grundlage soll die Arbeit weitergeführt werden. Sie erstreckt sich über einen langen Zeitraum und ist nicht mit einer Gründungsurkunde für die gemeinsame Stadt Dessau-Roßlau abgeschlossen. Ich bin überzeugt, dass auch Zweifler, Fusionsgegner mit den Befürwortern der Fusion sich zusammenfinden werden.

Herr Schwierz, Fraktion der PDS

Angesichts der sich hier abzeichnenden tiefen Gräben hätte ich einen ganz pragmatischen Vorschlag. Und zwar sollten sich Fusionsgegner und Fusionsbefürworter treffen sich zusammen und nehmen ihre Plakate ab, die sie angeklebt haben und treffen sich hinterher zum Bier.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, kommen wir zum Antrag der PDS.

Herr Vester formuliert noch einmal den Antrag:

Die Fraktion der PDS stellt den Antrag, den jetzt vorhandenen Vertragsentwurf der Kommunalaufsicht zu einer ersten Prüfung und Stellungnahme vorzulegen.

Begründung: Um dann erste Prüfungsergebnisse in den Vertrag einzuarbeiten und im Fahrplan der weiteren Arbeit fortzufahren.

Herr Koschig, Bürgermeister

Der Fusionsvertrag und weitere Dokumente sind durch die Landtagsabgeordneten schon dem Innenministerium vorgelegt worden, dem Landesverwaltungsamt. Der Entwurf, so wie er jetzt ist, ist dort bekannt. Selbstverständlich können wir den Entwurf auch bei der Kommunalaufsicht einreichen. Der wird dort aber höchstens bewertet werden. Die Ergebnisse, die aus dem Antrag gewünscht werden, wird die Kommunalaufsicht erst dann bieten, wenn wir einen Vertrag zur Genehmigung einreichen. Erst dann werden wir die Aussagen bekommen, die wir auch brauchen. Wichtiger wäre es jetzt, die Verhandlungen gemeinsam mit den Dessauern zum Ende zu führen und dann den Vertrag auch gemeinsam zu beschließen. Ihn zur Genehmigung einzureichen und dann versuchen die Politiker dafür zu gewinnen, die Dinge, die eben nicht rechtskonform sind, dann auch durchzusetzen bzw. gemeinsam durchsetzbare Kompromisse zu finden. Aber zunächst denke ich, haben beide Stadträte den richtigen Weg gewählt, einen Fusionsvertrag aufzulegen, der die bestmöglichen Ergebnisse für beide Städte ausweist. Und über Kompromisse kann man dann immer noch reden und nicht schon mit Kompromissen beginnen. Dann ist das Ergebnis auf keinen Fall so gut, wie wir es gemeinsam anstreben.

Dann wird über den Antrag von Herrn Vester abgestimmt.

Beschluss: Damit ist der Antrag abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
28	0	8	16	4

6.5. Änderung der Hauptsatzung - Bestellung eines Obdachlosenbeauftragten **Vorlage: BV/0379/05-D I**

Beschluss: Der Stadtrat beschließt die Änderung der Hauptsatzung der Stadt Roßlau gemäß Anlage 1.

Abstimmungsergebnis:

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
28	0	27	0	1

6.6. Bestellung von Frau Hannelore Griebisch zur ehrenamtlichen Obdachlo-

senbeauftragten der Stadt Roßlau
Vorlage: PersV/0381/05-D I

Herr Schwierz, Fraktion PDS

Aus Sicht von Herrn Schwierz gibt es einige Bedenken gegen Beschlussvorlage. Diese richten sich wohlgerne ausschließlich nicht gegen die avisierte Person, deren Kompetenz in keinsten Weise in Frage gestellt wird. Es ist nicht richtig, auf welche Art und Weise diese ehrenamtliche Stelle einseitig auf eine bestimmte Person fixiert werden soll. Dagegen wird vermisst, dass der entsprechende Fachausschuss, nämlich der Sozialausschuss bei dieser Entscheidung nicht mit einbezogen wurde.

Daher stellt Herr Schwierz folgende Anträge:

1. Schnellstmögliche Ausschreibung der Stelle des ehrenamtlichen Obdachlosenbeauftragten im hiesigen Amtsblatt
2. Einbeziehung des Sozialausschusses in die Entscheidungsfindung und Abgabe einer Empfehlung der Stellenbesetzung der Obdachlosenbeauftragten der Stadt Roßlau an den Stadtrat
3. Erstellung einer Konzeption über die genaue Arbeit des Obdachlosenbeauftragten

Herr Koschig, Bürgermeister

Der Vorsitzende der Fraktion der PDS hat bereits im Hauptausschuss diese Bedenken angemeldet. Der Hauptausschuss hat aber einen einstimmigen Beschluss gefasst.

Es gibt keine Vorschrift diese Stelle ausschreiben zu müssen. Frau Griebisch hat sich diese Aufgabe selbst gewählt. Wir kommen Frau Griebisch mit der vorhin beschlossenen Vorlage entgegen, in dem Frau Griebisch für diese Tätigkeit versichert wird. Das geht aber nur über die jetzt zu erfolgende Bestellung. Wir sollten dankbar sein, dass sich eine Bürgerin der Stadt gefunden hat, sich dieser Aufgabe anzunehmen.

Herr Koschig ist gegen die Anträge des Abg. Schwierz und empfiehlt, den Empfehlungen des Hauptausschusses zu folgen.

Dann wird über die Anträge von Herrn Schwierz abgestimmt.

1. Schnellstmögliche Ausschreibung der Stelle als ehrenamtlichen Obdachlosenbeauftragten im hiesigen Amtsblatt
2. Einbeziehung des Sozialausschusses in die Entscheidungsfindung und Abgabe einer Empfehlung der Stellenbesetzung der Obdachlosenbeauftragten der Stadt Roßlau an den Stadtrat
3. Erstellung einer Konzeption über die genaue Arbeit des Obdachlosenbeauftragten

Herr Koschig, Bürgermeister

Herr Koschig dankt besonders für das letzte Votum, denn das Konzept wurde eben schon mit der letzten Beschlussvorlage beschlossen.

Dann wurde über die Beschlussvorlage abgestimmt.

Die Vorsitzende des Stadtrates, Frau Müller, und der Bürgermeister, Herr Koschig, gratulieren Frau Griebisch zu ihrer Bestellung als Obdachlosenbeauftragte und wünschen ihr für ihre Tätigkeit viel Erfolg.

Beschluss: Damit ist der 1. Antrag abgelehnt.

Beschluss: Damit ist der 2. Antrag abgelehnt.

Beschluss: Damit ist der 3. Antrag abgelehnt.

Beschluss: Der Stadtrat beschließt die Bestellung von Frau Hannelore Griebisch zur Obdachlosenbeauftragten der Stadt Roßlau

Abstimmungsergebnis:

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
28	0	3	24	1

Abstimmungsergebnis:

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
28	0	4	23	1

Abstimmungsergebnis:

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
28	0	7	18	3

Abstimmungsergebnis:

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
28	0	24	2	2

6.7. Wirtschaftsplan 2005 Eigenbetrieb "Stadtpflege" - 1. Änderung
Vorlage: BV/0373/05-I/80

Beschluss: Der Stadtrat beschließt die 1. Änderung des Wirtschaftsplanes 2005 des Eigenbetriebes „Stadtpflege“ in der gemäß Anlage 1 vorgegebenen Form.

Abstimmungsergebnis:

Stimmberechtigte	Enthaltung	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
------------------	------------	------------	-----------	------------

	nach § 31 GO			
28	0	28	0	0

6.8. Abwägungsbeschluss 2. Änderung B-Plan Nr. 24 "Wohnbebauung Grüner Weg / Fliederweg"

Vorlage: BV/0368/05-III/61

Beschluss: Der Stadtrat billigt das Abwägungsergebnis zur 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 24 „Wohnbebauung Grüner Weg / Fliederweg“.
Die berührten Träger öffentlicher Belange sind vom Abwägungsergebnis in Kenntnis zu setzen.

Abstimmungsergebnis:

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
28	0	28	0	0

6.9. Satzungsbeschluss 2. Änderung B-Plan Nr. 24 "Wohnbebauung Grüner Weg / Fliederweg"

Vorlage: BV/0369/05-III/61

Beschluss: Die 2. Änderung zum Bebauungsplan Nr. 24 „Wohnbebauung Grüner Weg / Fliederweg“ wird in der vorliegenden Fassung als Satzung beschlossen.
Die Begründung zur 2. Änderung wird gebilligt.
Die Verwaltung wird beauftragt, die 2. Änderung bekannt zu machen und damit in Kraft zu setzen.

Abstimmungsergebnis:

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
28	0	28	0	0

6.10 Abwägungsbeschluss zur 2. Änderung B-Plan Nr. 002 "Am Deßmatenweg" im Ortsteil Streetz

Vorlage: BV/0370/05-III/61

Beschluss: Der Stadtrat billigt das Abwägungsergebnis zur 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 002 „Am Deßmatenweg“ im Ortsteil Streetz.

Abstimmungsergebnis:

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
28	0	28	0	0

6.11 Satzungsbeschluss zur 2. Änderung B-Plan Nr. 002 "Am Deßmatenweg"
im Ortsteil Streetz
Vorlage: BV/0371/05-III/61

Beschluss: Die 2. Änderung zum Bebauungsplan Nr. 002 „Am Deßmatenweg“ im Ortsteil Streetz wird in der vorliegenden Fassung als Satzung beschlossen.
Die Begründung zur 2. Änderung wird gebilligt.
Die Verwaltung wird beauftragt, die 2. Änderung bekannt zu machen und damit in Kraft zu setzen.

Abstimmungsergebnis:

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
28	0	28	0	0

6.12 Resolution für eine umfassende Gemeindefinanzreform
Vorlage: BV/0377/05-BM

Beschluss: Der Stadtrat beschließt die „Resolution für eine umfassende Gemeindefinanzreform“ und beauftragt die Vorsitzende des Stadtrates und den Bürgermeister mit der Unterzeichnung gleich lautender Briefe an den Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und den Ministerpräsidenten des Landes Sachsen-Anhalt.

Abstimmungsergebnis:

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
28	0	26	1	1

6.13 Mitgliedschaft der Stadt Roßlau im Naturpark Fläming e.V.
Vorlage: BV/0380/05-II/90

Herr Gerdung, Fraktion FDP/Offensive D/BL
Ändert sich die Beitragshöhe bei der neu zu gründenden Doppelstadt Dessau-Roßlau?

Herr Koschig, Bürgermeister

Die Stadt Dessau-Roßlau muss für ihren Flächenanteil mit eintreten. Das ist der Landkreis Anhalt-Zerbst, Jerichoer Land, Wittenberg. Das machen die aber jetzt schon, weil Teile der Gemarkung Rodleben dazu gehören und Rodleben ja jetzt zu Dessau gehört.

Herr Gerdung, Fraktion FDP/Offensive D/BL

Da gravierende Unklarheiten existieren stellt Herr Gerdung folgenden Antrag:
Aussetzung der Entscheidung und Zurückweisung in die Verwaltung.

Darüber wurde abgestimmt.

Dann wurde über die Beschlussvorlage abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
28	0	21	4	3

Beschluss: Damit ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss: Der Stadtrat beschließt, dass die Stadt Roßlau Mitglied im Naturpark Fläming e.V. wird.

Abstimmungsergebnis:

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
28	0	7	14	7

**6.14 Dringlichkeitsbeschluss gemäß § 62 Abs. 4 Gemeindeordnung Land
Sachsen-Anhalt**

Im Berichtszeitraum wurden keine Dringlichkeitsbeschlüsse gefasst.

Damit ist der öffentliche Teil der Sitzung des Stadtrates beendet.

Der Stadtrat begibt sich von 18.40 Uhr bis 19.10 Uhr in eine Pause.

Roßlau, 19.02.08

Christa Müller
Vorsitz Stadtrat

2. Unterschrift